



Protest gegen Glyphosat in Deutschland: Grüne und Naturschützer demonstrieren gemeinsam vor dem Reichstag in Berlin. In der Mitte die frühere Landwirtschaftsministerin Renate Künast.

Pestizide am Pranger

Pestizide / Der Pflanzenschutz ist unter Druck:
Die EU erwägt ein Glyphosatverbot und die Schweizer Behörden prüfen Direktzahlungen für Pestizidverzicht.

BERN Der jüngste Streich der Gegner des synthetischen Pflanzenschutzes ist am Dienstag auf der Redaktion eingetroffen: Ein Bündnis von oppositionellen Agrar- und Umweltorganisationen hat einen Plan präsentiert, der unter anderem Pestizid-Reduktionsziele, Risikominderungsmaßnahmen und verbesserte Zulassungsverfahren fordert (s. Kasten).

Nur wenige Wochen zuvor hatte die Umwelt-Organisation Pro Natura in ihrem Mitglieder-Magazin und auf Plakatwänden landesweit eine Kampagne gegen die Land-

wirtschaft gestartet: «Keine Pestizide in unseren Gewässern!», lautet das Motto.

Auch die Anti-Pestizid-Aktivistinnen in der EU sind in der Offensive, vor allem in Deutschland. Das Zugpferd der EU ist mit seiner Bevölkerungsstärke das Zünglein an der Waage in der Frage, ob die Mitte Jahr auslaufende Zulassung von Glyphosat verlängert werden soll.

Pro Natura: «Es kommt nichts»

Die Schweizer Naturschützer begründen ihren Einsatz gegen Pflanzenschutzmittel hauptsächlich

mit den Pestizid-Rückständen, welche in Schweizer Oberflächengewässern gefunden worden sind. Untersuchungen von Eawag und Bafu haben laut Pro Natura 104 der 340 zugelassenen Pflanzenschutz-Wirkstoffe in Gewässern nachgewiesen, und dies teilweise in Konzentrationen, die für die Wasserlebewesen bedrohlich sind.

Marcel Liner von Pro Natura erklärt, die Kampagne richte sich nicht gegen Bauern und Bäuerinnen, sondern gegen



das «verkrustete System» aus untauglicher Zulassungspraxis, landwirtschaftlichen Organisationen, Industrie und Beratung. «Es gibt kein Problembewusstsein», kritisiert Liner, und deshalb werde nichts unternommen. «Die letzten Jahre haben Pro Natura gezeigt, dass da nichts kommt». Er erwarte von der Landwirtschaft ein proaktives Vorgehen in Sachen Pflanzenschutz. Stattdessen mache man eine Kampagne in der behauptet werde, dass die Bauern die Chemie an die kurze Leine nehme.

Der Schweizer Bauernverband (SBV) hat die Kampagne von Pro Natura in einer Medienmitteilung «aufs Schärfste» verurteilt. Präsident Markus Ritter unterstreicht im Gespräch (gegenüberliegende Seite dass es so nicht gehe.

Kampagne enttäuscht BLW

Dabei erhält er Support von den Bundesbehörden. «Ich war echt enttäuscht über die Art und Weise,

«Wir können besser werden.»

Eva Reinhard, Vizedirektorin im Bundesamt für Landwirtschaft wie das kam», sagt Eva Reinhard, Vizedirektorin im Bundesamt für Landwirtschaft (BLW). Sie will nicht abstreiten, dass Handlungsbedarf besteht. «Wir können bes-

ser werden», sagt Reinhard. Dabei setzt sie aber nicht auf Kampagnen, sondern auf den Nationalen Aktionsplan Pflanzenschutzmittel, der auf ein Postulat der grünliberalen Nationalrätin Tiana Angelina

Moser aus dem Jahr 2012 zurückgeht. In diesem Behördenprozess werden Massnahmen erarbeitet, die, so hofft Reinhard, noch vor den Sommerferien in die Vernehmlassung gehen und vor Ende Jahr dem Bundesrat vorgelegt werden können.

Die Ämterkonsultation ist bereits unter Dach und Fach. Dabei hat sich gezeigt, dass es nicht so einfach ist, Verbesserungen zu erreichen, da die meisten der Massnahmen kosten und Umschichtungen innerhalb und zwischen Ämtern nötig machen.

Als Beispiel erwähnt Reinhard die von den Umweltschützern geforderten verschärften Zulassungsprozesse. «Das würde Mehraufwand erfordern, für den wir keine Ressourcen haben», sagt die BLW-Vizechefin.

Kantone auf der Sparsbremse

Erschwerend komme dazu, dass der Vollzug und die zu verschärfenden Kontrollen Sache der Kantone sind, die ihrerseits alle auf der Sparsbremse stehen. Einfacher zu realisieren wäre gemäss Reinhard eine andere Massnahme: die Ausrichtung von Direktzahlungen für einen

(Teil-)Verzicht auf Herbizide. «Dafür bräuchte es lediglich eine Anpassung der Direktzahlungsverordnung, zum Beispiel in Form einer Erweiterung des Extensio-Programms», sagt sie.

Gar kein Musikgehör hat Reinhard dagegen für Mengenbeschränkungen beim Pestizideinsatz. «Eine Menge pro Hektare vorzuschreiben, ist nicht zielführend», kritisiert sie. Erstens würden die Pestizide effizienter und die nötigen Einsatzmengen in der Tendenz immer kleiner, was aber noch nichts aussage über die Umweltwirkungen der verwendeten Produkte. Zweitens wisse man, dass ein Biobauer zuweilen öfter spritzen müsse als ein IP-Kollege, einfach weil es beispielsweise die klimatischen Bedingungen oder die zur Verfügung stehenden Pflanzenschutzmittel, die in der Regel weniger lang wirken, nötig machen.

Den Pestizid-Reduktionsplan der Umweltverbände werde sie mit Interesse studieren, sagt Reinhard. «Wir sind bereit, uns mit den Verfassern zusammenzusetzen». Es sei durchaus möglich, dass man gemeinsam sinnvolle Massnahmen entwickeln könne.

Adrian Krebs

Datum: 27.05.2016

BAUERNZEITUNG

OSTSCHWEIZ/ZÜRICH

Hauptausgabe

Bauernzeitung / Ostschweiz-Zürich
8408 Winterthur
052/ 222 77 27
www.bauernzeitung.ch

Medienart: Print
Medientyp: Fachpresse
Auflage: 7'601
Erscheinungsweise: wöchentlich



Themen-Nr.: 541.003
Abo-Nr.: 1008268
Seite: 2
Fläche: 186'507 mm²



Plakative Polemik: Das Kampagnen-Sujet von Pro Natura, welches derzeit national ausgehängt ist.

(Bild zVg.)

hat F



Sujet aus der aktuellen Serie der SBV-Image-Kampagne.

(Bild zVg.)

EU-Bauern gegen Verbot

Vor Ende Juni muss die EU über die weitere Zulassung für Glyphosat entscheiden. Das mögliche Verbot stösst beim Verband der europäischen Landwirte und landwirtschaftlichen Genossenschaften Copa-Cogeca für Ablehnung. Glyphosat sei ein Schlüssel-Werkzeug für die Bauern, namentlich für die nachhaltige reduzierte Bodenbearbeitung, heisst es in einer Mitteilung. Ein Verbot würde die EU-Bauern zudem gegenüber den Mitbewerbern benachteiligen. Man appelliere deshalb an die Kommission, die Zulassung zu erneuern.

akr



«Lenkungsabgaben lehnen wir ab»

BauernZeitung: Markus Ritter, ist eine Schweizer Landwirtschaft ohne Glyphosat denkbar?

Markus Ritter: Grundsätzlich ja. Sollte die Bewilligung verlängert werden, muss die Schweizer Landwirtschaft die verbleibende Frist nutzen, um sich intensiv mit Alternativen auseinander zu setzen. Bei einem Verbot verschwindet das Produkt sowieso.

Wo sehen Sie die grössten Probleme eines Verbots?

Mulch- und Direktsaaten werden, je nach Bodeneigenschaften, schwierig bis unmöglich. Der vermehrte Pflugeinsatz kann sich in Sachen Unterbodenverdichtung negativ auswirken. Problemunkräuter wie Ackerfuchsschwanz oder Windhalm werden durch diese Veränderungen gefördert und die Erosionsgefahr nimmt zu. Man muss sich einfach bewusst sein: Ohne Glyphosat muss der Boden wieder mehr bearbeitet und bewegt werden, was zu neuen Problemen führen kann, die der Landwirtschaft dann wieder vorgehalten werden.

In der Schweiz wird die Glyphosat-Debatte weniger heftig geführt als in Deutschland. Woran was liegt das?

Der Glyphosat-Einsatz Schweiz-Ausland ist völlig verschieden, wir haben das immer wieder betont. Schweizer Medien haben mehrheitlich sachlicher berichtet als ausländische. Zudem haben gewisse Kreise inzwischen auch realisiert, dass die Schweizer Landwirtschaft hier klar besser dasteht und sich damit weniger gut Stimmung gegen Pflanzen-

schutzmittel im allgemeinen machen lässt, das kann aber sehr schnell kippen.

Eine Nationalratskommission verlangt vom Bundesrat Aufschluss über den Stand der Dinge in Sachen Glyphosat. Gibt es bereits Erkenntnisse?

Es liegen noch keine Ergebnisse vor, da das Postulat zuerst noch ins Parlament muss. Der SBV unterstützt das Anliegen, auch wir wollen wissen, auf welchem Weg der Wirkstoff in den Nahrungskreislauf gelangt. Eigene Untersuchungen der Getreideproduzenten auf Schweizer Brotgetreide und Ölsaaten haben keine

Glyphosat-Spuren zu Tage gefördert.

Wissen Sie schon, was mit dem Aktionsplan Pflanzenschutzmittel auf die Landwirtschaft zukommt?

Die Vernehmlassung wird auf Juni erwartet, wir kennen die Inhalte also noch nicht, da sich die Stakeholder am Aktionsplan nicht selber aktiv beteiligen konnten. Wir erwarten, dass der Schutz der Kulturen zentraler Bestandteil des Aktionsplans bleibt und dass die Risiken (z. B. Abdrift) reduziert werden sollen. Die Massnahmen müssen wissenschaftlich begründet sein und zu einer tatsächlichen Verbesserung der Situation in den Gewässern beitragen. Rein politisch motivierte Mengenreduktionen oder Lenkungsabgaben lehnen wir ab. Auch der Bund soll einen Beitrag leisten, etwa mit sachlicher Information der Konsumenten. Auf der

anderen Seite braucht es ein Miteinander von Produzenten, Handel, Verarbeitern und Konsumenten – etwa bei der Einführung neuer resistenter Sorten. Es sind alle Stufen gefordert.

Pro Natura hat mit ihrer Pestizid-Kampagne die Bauern frontal angegriffen, was stört Sie daran am meisten?

Dass die Bauernfamilien so pauschal angegriffen und als Gewässerverschmutzer dargestellt werden, das geht natürlich nicht. Der ganze Eintrag von Medikamenten, Hormonen und weiteren unzähligen Stoffen durch die übrige Bevölkerung, Industrie- und Bauwirtschaft wird völlig ausgeblendet. Und dass behauptet wird, dass sich die Schweizer Landwirtschaft nicht bewegt. Wir sind mit den Umweltschutzorganisationen aber im Dialog und suchen Lösungen. *Interview: akr*

NACHGEFRAGT



Markus Ritter,
Präsident SBV



Pestizidplan: «Reduktion um 50%»

Diese Woche hat eine breite Koalition aus Landwirtschaftsorganisationen und Umweltschützern einen sogenannten «Pestizid-Reduktionsplan» präsentiert. Koordiniert wurde die Erarbeitung von Vision Landwirtschaft. Beteiligt sind unter anderen Bio Suisse, die Kleinbauernvereinigung, WWF, Greenpeace, Pro Natura und der Konsumentenschutz. Zentrales Element sind zehn Forderungen:

- Festlegung ambitionierter, terminierter und messbarer Pestizid-Reduktionsziele.
- Erarbeitung von Risikominderungsmassnahmen: z. B. Ersatz problematischer Wirkstoffe oder Pestizidverbot in Grundwasserschutzzonen.
- Ausbau agrarpolitischer Programme sowie Beschränkung des Verkaufs von Pestiziden an Private auf Produkte mit sehr geringem Risiko.
- Verbesserung der Zulassungsverfahren.

- Verbesserung der schlechten Datenlage zum Pestizideinsatz durch neue Indikatoren.
- Ausbau von Forschung, Ausbildung und unabhängiger Beratung im Bereich des alternativen Pflanzenschutzes.
- Verbesserung des Gesetzesvollzugs, insbesondere der Kontrollen.
- Aufhebung der Subventionierung des Pestizideinsatzes.
- Fokussierung des Bundes auf einen reduzierten Pestizideinsatz oder einen Verzicht.
- Entwicklung von Strategien durch den Bund, welche längerfristig eine von Pestiziden unabhängige Landwirtschaft und Nahrungsmittelproduktion ermöglichen.

Mit den entsprechenden Massnahmen könne der Pestizideinsatz «unter Gewährleistung eines nachhaltigen Produktionsniveaus» in den nächsten Jahren um bis zu 50 Prozent gesenkt werden, schreiben die Verfasser. *akr*